

Schulen und die Frage nach sozialer Gerechtigkeit

Inklusion, Kinder aus Flüchtlingsfamilien und der Mangel an Lehrern in Brandenburg: Schulen müssen viele Aufgaben bewältigen. Im MAZ-Interview spricht Landeselternratssprecher Wolfgang Seelbach über Personalmangel, verbesserungswürdigen Unterricht, das 13-jährige Abitur und soziale Gerechtigkeit.

Potsdam. Das Land Brandenburg muss stärker in der Lehrerausbildung engagieren, fordert Wolfgang Seelbach. Der 63-Jährige ist seit 2011 Sprecher des Landeselternrats Brandenburg.

Herr Seelbach, was zeichnet gute Eltern aus?

Wolfgang Seelbach: Das ist die gesunde Mischung aus Anleitung und Loslassen. Den richtigen Zeitpunkt zu finden, wann die Kinder den Schulweg alleine bewältigen können und wann man ihnen später auch den Raum für schulische Entscheidungen gibt – das ist nicht einfach. In der vierten Klasse müssen Kinder in der Regel nicht mehr mit dem Familienwagen zur Schule gebracht werden.



Wolfgang Seelbach.

Quelle: Bastian Pauly

Unter den Schülern sind dieses Jahr 6000 Kinder aus Flüchtlingsfamilien. Sind die Schulen gewappnet?

Seelbach: Nur teilweise. Positiv ist das flexible und effektive System der Vorbereitungsklassen, in denen Flüchtlingskinder mit besonderen Schwächen je nach individuellem Leistungsstand gefördert werden. Häufig höre ich aber auch von Eltern und Lehrern, dass es zu Überforderungen kommt, wenn Flüchtlingskinder in Inklusionsklassen eingeschult werden.

Bei der Inklusion unternimmt das Bildungsministerium einen neuen Anlauf. Klappt es diesmal besser?

Seelbach: Diese Aufgabe kann man nur über Jahrzehnte angehen. In den Grundschulen gibt es schon länger gute Erfahrungen, auch mit dem Pilotprojekt. Voraussetzungen für Gemeinsames Lernen jetzt auch in den anderen Grundschulen zu verstärken, ist richtig. Diese dürfen aber nicht gezwungen und überfordert werden. Deshalb ist die Maßnahme, dass sich Schulen auf freiwilliger Basis zu einer Schwerpunktschule erklären können, wichtig und richtig. Außerdem kommen die Schüler jetzt verstärkt bei den weiterführenden Schulen an, die jetzt fit gemacht werden müssen.

Vater und Politiker

Wolfgang Seelbach ist seit 2011 Sprecher des Landeselternrats.

Der 63-Jährige ist verheiratet und hat vier Kinder.

Seit Januar 2014 ist Seelbach Mitglied des Kreistages Havelland und dort in der Fraktion Bündnis '90/Die Grünen für Bildungspolitik zuständig.

Warum hat das Land Probleme, freie Lehrerstellen zu besetzen?

Seelbach: Lehrer sind in ganz Deutschland knapp. Im Gegensatz zu früheren Jahren hat die Landesregierung jetzt zahlreiche neue Stellen geschaffen, die auch weitgehend besetzt werden konnten. Offenbar gibt es in Brandenburg lediglich 16 Prozent Seiteneinsteiger – anders als etwa in Berlin.

Brandenburg wirbt mit der Verbeamtung. Ist das noch zeitgemäß?

Seelbach: Ich finde es problematisch, wenn jemand vor allem deshalb Lehrer wird, um Beamter zu werden. Es gibt viele Eltern, die in der freien Wirtschaft arbeiten und das überhaupt nicht verstehen. Die Länder sehen das als Wettbewerbsfaktor. Ich denke, dass es bundeseinheitlich geregelt werden sollte, ob Lehrer verbeamtet werden oder nicht.

Berlin will künftig alle Lehrer gleich bezahlen. Ein gutes Beispiel?

Seelbach: Wir bemängeln schon lange, dass es viel zu wenige männliche Bezugspersonen in den Grundschulen gibt. Das führt zu einer Benachteiligung von Jungen. Wenn eine gleiche Bezahlung aller Lehrer zu diesem Ziel führt, bin ich gerne dafür. Allerdings sollte dann auch der Umfang der Ausbildung angeglichen werden.

Bildet Brandenburg genügend Lehrer aus?

Seelbach: Überhaupt nicht. Pro Jahr werden 300 Lehrer ausgebildet, es müssten aber 1000 sein. Mein Appell an die Landesregierung ist: Gründet eine Pädagogische

Hochschule. Erstens hätte diese einen speziell auf die Bedürfnisse der Lehrerausbildung ausgerichteten Zuschnitt und zweitens viel mehr Plätze. Wenn Lehrerausbildung für die Universität Potsdam nicht lukrativ ist, muss eben eine Konkurrenzhochschule gegründet werden.

Dieses Jahr gab es so viele 1,0-Abiturienten wie noch nie. Wird es den Schülern heute zu leicht gemacht?

Seelbach: Das würde ich nicht unbedingt sagen. Es gibt den Trend, das bildungsnahe Eltern verstärkt nach Brandenburg ziehen, etwa ins Berliner Umland, was zu deutlichen Leistungssteigerungen führte. Wir liegen dort in einigen Fächern mit Sachsen und Bayern auf einer Stufe.

Warum landet Brandenburg in Ländervergleichsstudien oft auf den hinteren Plätzen?

Seelbach: Brandenburgs Schulen sind besser als ihr Ruf. In einzelnen Bereichen gibt es aber Probleme, etwa im Fach Englisch. Da wirkt die DDR-Tradition fehlender qualifizierter Englischlehrer nach. Die Stärken liegen eindeutig im mathematisch-naturwissenschaftlichen Bereich, weil wir hier viele Fachlehrer haben und die Fortbildungen gut sind.

Wie sehen Sie die Pläne, die Ergebnisse von Vergleichsarbeiten künftig nicht mehr offenzulegen?

Seelbach: Die Eltern haben großes Interesse daran, zu wissen, wie ihre Kinder im bundesweiten Maßstab abschneiden. Diese Arbeiten müssen darüber hinaus inhaltlich in den Klassen ausgewertet werden.

Der Unterrichtsausfall geht nur langsam zurück ...

Seelbach: ... und liegt mit 1,6 bis zwei Prozent im Bundesdurchschnitt. Das größere Problem sind die Vertretungsstunden, die etwa zehn Prozent ausmachen. Gut die Hälfte dieses Unterrichts ist in der Qualität verbesserungswürdig. Einzelne Schulen haben ein sehr gutes System, wo tatsächlich Unterricht auf hohem Niveau stattfindet. Häufig läuft aber nur ein Notprogramm, wie Selbstbeschäftigung am Computer.

Warum sind Kinder in Ganztagschulen besser aufgehoben als in Halbtagschulen?

Seelbach: Das ist eine Frage der sozialen Gerechtigkeit. In Ganztagschulen können Kinder aus bildungsfernen Familien gezielter gefördert werden, um den Einfluss der sozialen Herkunft auf den Bildungserfolg zu verringern. Außerdem sollten Schulen kein reiner Lernort sein, sondern stärker zum Lebensinhalt der Schüler gehören.

Wie erklären Sie sich die große Nachfrage nach Gesamtschulen?

Seelbach: Gesamtschulen bieten das Abitur in 13 Jahren, was sich viele Eltern für Ihre Kinder wünschen. Zum Teil gibt es doppelt so viele Anfragen wie verfügbare Plätze. Dieses Angebot muss ausgeweitet werden.

*Artikel veröffentlicht: Dienstag, 11.10.2016 08:19 Uhr, Artikel aktualisiert: Dienstag, 11.10.2016 10:30 Uhr
<http://www.maz-online.de/Brandenburg/Schulen-und-die-Frage-nach-sozialer-Gerechtigkeit>*

